

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: H. Rauter, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinbrecher, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die vierteljährliche Heftzelle oder deren Raum 1 Mk.  
Verbandsmitteilungen 2 Mk. pro Zeile.  
Verbandsanzeigen 75 Pf. pro Zeile.

## Die Vertragsverhandlungen.

Die zentralen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages rücken nur langsam vom Fleck. Die Schwierigkeiten sind in der Sache begründet. Der leitherrige Reichstagsvertrag war mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen; jetzt wird an einem Vertragswerk gearbeitet, das auf viel breiterer Grundlage aufgerichtet werden soll. Die Verhandlungen werden mit der Reichs-Berufs-Gadgruppe Möbelindustrie und Tischlergewerbe im Reichsverband der deutschen Industrie geführt. Ihr gehört der Arbeitgeber-Schutzverband an, aber daneben eine ganze Reihe anderer Arbeitgeberorganisationen. Nicht nur Arbeitgeberverbände, die sich vom Arbeitgeber-Schutzverband abgespalten und selbständig gemacht haben, sondern auch verschiedene andere, die von jeher eine selbständige Existenz geführt hatten. Mit den meisten der Arbeitgeberorganisationen, die jetzt an den zentralen Verhandlungen beteiligt sind, haben wir leitherr schon im Vertragsverhältnis gestanden. Wenn wir auch bei den Vertragsverhandlungen mit jenen Verbänden den Reichstags als Grundlage genommen hatten, so waren doch Abweichungen von diesem nicht zu vermeiden gewesen.

Es ist bekannt, daß unsererseits für die gegenwärtigen Verhandlungen eine Vorlage ausgearbeitet wurde, die sich an den leitherrigen Reichstagsvertrag anlehnt. Andererseits liegt ein Entwurf der Arbeitgeber vor, der in anderer Richtung sehr wesentlich von dem Reichstagsvertrag abweicht. Daraus erklärt es sich, daß ein Ausgleich der Gegensätze recht schwierig ist. Diese Schwierigkeiten werden erhöht durch den Umstand, daß infolge der Vielfalt der auf Arbeitgeberseite vertretenen Verbände die Zahl der Verhandlungsteilnehmer verhältnismäßig groß ist, und daß aus dem gleichen Grunde die Verhandlungstechnik, die bei den früheren Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband in Übung gekommen war, einige Änderungen erfahren hat. Aus all diesen Gründen hat sich die in Aussicht genommene Frist für die Verhandlungen als zu kurz erwiesen. Der leitherrige Gang der Verhandlung berechtigt zu der Feststellung, daß auf beiden Seiten der gute Wille zum Abschluß eines Vertrages vorhanden ist. Dagegen läßt sich heute noch nicht sagen, ob es gelingen wird, alle Klippen zu umschiffen, und das schwierige Werk zu einem befriedigenden Ende zu bringen.

Die Verhandlungen haben, wie bereits berichtet, am 10. Januar in Leipzig begonnen. Das Ergebnis dieser ersten Verhandlung war, daß ein Unterausschuß eingesetzt wurde, dem je 7 Mitglieder von jeder Partei angehören. Dieser Unterausschuß tagte vom 18. bis 21. Januar und trat am 1. Februar wieder zur Fortsetzung seiner Arbeit zusammen. Für den 8. Februar war die große Verhandlungskommission einberufen. In einer zweitägigen Beratung wurde die von der Unterkommission geleistete Vorarbeit einer Nachprüfung unterzogen. Ein Teil der gefassten Beschlüsse wurde sofort fertig, andere wurden abgeändert. Über einige grundsätzliche Streitfragen suchte man zu einer Verständigung zu gelangen, was aber bisher noch nicht in allen Fällen gelungen ist. Verschiedene Kapitel des Vertrages sind auch in der Unterkommission noch nicht erledigt. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Unterkommission am 15. Februar, diesmal in Berlin, ihre Arbeiten fortsetzen soll. Am 17. Februar tritt die große Verhandlungskommission zusammen, und man hofft, in dieser Sitzung zu einem Abschluß zu gelangen.

Die Absicht, den neuen Tarifvertrag noch vor dem Ablauf des Reichstagsjahres zu bringen, hat sich nicht verwirklichen lassen. Der Reichstags- und auch einige Landesverträge laufen am 15. Februar ab. Um kein Vakuum eintreten zu lassen, wurde in allerseitigem Einverständnis in Aussicht genommen, die Geltungsdauer der vorher ablaufenden Verträge bis zum 1. März zu verlängern. Hierzu bedarf es einer besonderen Vereinbarung mit den verschiedenen Vertragskontrahenten. Diese Formalität dürfte inzwischen erfüllt sein, so daß schließlich werden darf, daß alles vorher ablaufende Verträge bis zum 1. März verlängert sind.

Sollte es gelingen, die schwebenden Vertragsverhandlungen mit einem positiven Ergebnis zu beenden, dann würden unsere Vertreter ihre Zustimmung mit dem Vorbehalt der Sanctionierung der gewählten Beisitzer durch die Kollegenschaft geben. Es ist also in Aussicht zu nehmen, daß der Verbandsvorstand vermutlich noch im Februar eine Konferenz der Stadtrepräsentanten einberufen wird. Der Termin für diese Konferenz läßt sich erst nach dem völligen Abschluß der zentralen Verhandlungen bestimmen, er kann aber dann nur sehr kurz bemessen werden. Es empfiehlt sich daher, daß die Ortsverwaltungen ihre Vorbereitungen so treffen, daß der Delegierten der Einmündung durch den Verbandsverband sofort folgen kann.

## Das kochende Chaos.

Die ganze Welt leidet unter einer Wirtschaftskrise von furchtbarer Ausdehnung. Eine der wichtigsten Ursachen dieser Krise ist die Entwertung des Geldes in Mittel- und Osteuropa. Wir sehen in Deutschland als Wirkung der Krise eine große, fortschreitende Abnahme der Arbeitslosen. Es haben sich in der Krise in der Postkriegszeit gebildet. Aber die Ursachen dieser Erscheinung unterscheiden sich wesentlich von denen der Krise der Vorkriegszeit. Früher sprach man von einer Überproduktion. Jetzt herrscht Warenmangel.

Es fehlt für die aufgestapelten Waren vorhanden, aber ihr fehlen die Mittel, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Wenn man auch heute gefüllte Warenlager sieht, so darf man sich dadurch nicht täuschen lassen, in Wirklichkeit haben wir eine Unterproduktion. Zwar ist das Mißverhältnis zwischen dem Preis der Waren und der Zahlungsfähigkeit der breiten Volksmassen noch größer als vor dem Krieg, aber trotzdem steht fest, daß die Steigerung der Produktion die Krise beheben würde.

Es hat Verwunderung erregt, daß die Länder, die als die wirtschaftlich stärksten aus dem Weltkrieg hervorgegangen sind, daß auch England und Amerika so hart von der Weltkrise erfaßt wurden. Ein Zeichen der wirtschaftlichen Stärke ist der hohe Kurs der Währung. In Amerika war man stolz auf den hohen Stand des Dollars, der von dem Reichtum des Landes der Kriegsgewinnler Kunde gab. Der Seehunger nach Waren, unter dem alle Länder unmittelbar nach Beendigung des Weltkrieges litten, konnte nur in Amerika befriedigt werden. Amerikas Kapitalisten machten glänzende Geschäfte. Nun ist dieser ärgste Seehunger gestillt, und die Amerikaner empfinden den „Schrecken des Reichums“. Sie haben wohl noch Waren, die man anderwärts, besonders bei uns in Deutschland, notwendig brauchen könnte, aber Verkäufer und Käufer können zusammen nicht kommen, denn — die Baluta ist viel zu hoch. Der augenblickliche Stand der Währung hat sich für Amerika, und in gewisser Hinsicht gilt das auch für England, als ein Unglück erwiesen. Sie bleiben auf ihren Warenvorräten sitzen. Die verarmten Länder können sie nicht bezahlen. Die Folge sind Betriebseinsparungen und ein gewaltiges Anwachsen des Heeres der Arbeitslosen. Die Sieger- und Gewinnerstaaten haben ein lebhaftes Interesse daran, die Kaufkraft der Unterlegenen zu stärken.

Eine eigene Stellung nimmt Frankreich ein. Es gehört zwar auch zu den Siegerländern, aber es hat unter dem Krieg ungeheuer gelitten. Die französische Baluta steht wohl bedeutend besser als die deutsche, aber gegenüber der amerikanischen, englischen und der neutralen ist sie stark unterwertig. Der Friedensvertrag von Versailles gibt den Siegerstaaten und besonders Frankreich Deutschland gegenüber einen Anspruch auf Schadenersatz und Wiedergutmachung. Einen Anspruch, der angesichts der von den deutschen Heeren in Frankreich angerichteten Verwüstungen auch vom Standpunkt des natürlichen Rechtes nicht bestritten werden kann. Nebenbei darf übrigens auch auf die Barbarei des sogenannten Völkerrechts hingewiesen werden, das nicht nur Kriege zuläßt, sondern sie auch als „Gottesgericht“ anerkennt. Der Stärkere hat Recht, und er kann mit dem Unterlegenen machen, was er will.

Von diesem Recht des Siegers will die französische Regierung einen ausschweifenden Gebrauch machen. In der Agitation zur Aufrechterhaltung der Widerstandskraft des französischen Volkes während des Krieges hat das Wort: „Le hohe payera tout“, der Deutsche wird alles bezahlen, eine große Rolle gespielt. Es war die Parole der Chamberlains bei der letzten Wahl des Parlamentes, dessen realistische Mehrheit nun der Forderung diesen Wechsel zur Entlastung präferiert.

Frankreich will, daß Deutschland ihm phantastische Summen als Entschädigung zahle, und daß es ihm auf Jahrzehnte hinaus tributpflichtig bleibe. Der Versailler Vertrag gibt den Siegerstaaten das Recht, bis zum 1. Mai 1921 den Betrag festzusetzen, den Deutschland, außer den Leistungen, die es ohnehin schon vollbracht hat, innerhalb 30 Jahren zu zahlen hat. Um sich über die Forderungen zu verständigen, waren die Vertreter von Frankreich, England, Italien, Belgien und Japan Ende Januar in Paris zusammengetreten. Das Ergebnis dieser Beratungen ist der deutschen Regierung am 30. Januar in Gestalt zweier Noten zugegangen. Die eine dieser Noten betrifft die Entwaffnung. Sie ist, obwohl an sich bedeutend, doch minder wichtig im Vergleich zu der anderen. Wir hätten uns dieses nicht entgehen können, wenn die Reichsregierung mit der notwendigen Energie gegen die von der Reaktion aufgestellten bewaffneten Verbände vorgegangen wäre, gegen die Organe, die Selbstschuttsorganisationen und wie das Gesindel sich sonst nennt, das Deutschlands Glanz verschuldet hat und fortgesetzt die Republik bedroht.

Die andere Note enthält die zwischen den Verbündeten getroffene Vereinbarung über die von Deutschland zu leistenden Zahlungen. Hiernach soll Deutschland zahlen vom 1. Mai 1921 an auf zwei Jahre jährlich 2 Milliarden, in den folgenden drei Jahren je 3 Milliarden, dann drei Jahre lang jährlich 4 Milliarden, die folgenden drei Jahre je 5 Milliarden und schließlich 31 Jahre lang jährlich 6 Milliarden. Das sind auf 42 Jahre verteilt, insgesamt 226 Milliarden Goldmark. Belegmehl, Goldmark, in Papiermark ausgedrückt ist das etwa das 20-fache der tatsächlichen Summe. Dazu wird noch verlangt, daß Deutschland 42 Jahre hindurch je 12 Proz. des Wertes der deutschen Ausfuhr abbezahlt.

Zur Evidenzierung dieser Zahlungen sollen alle Güter und Einnahmemeinzelnen des Reiches und der Länder dienen. Daneben bildet der Ertrag der deutschen See- und Landzölle ein besonderes Pfand. Ohne Zustimmung der Reparationskommission, das sind die Vertreter der Siegerstaaten, darf Deutschland keine Änderung seiner Schatzkammer vornehmen. Wenn Deutschland mit

seinen Zahlungen in Verzug gerät, kann die Reparationskommission die Zölle beschlagnahmen und die Verwaltung der Zölle selbst übernehmen, sie kann auch vorschreiben, daß die Tarife erhöht oder sonstige Maßnahmen getroffen werden, um die Einnahmen zu steigern. Wenn all das nicht dazu führt, das nötige Geld aus Deutschland herauszupressen, dann behalten sich die „alliierten und assoziierten Mächte“ besondere Maßnahmen vor.

Diese besonderen Maßnahmen sind der deutschen Regierung nicht offiziell mitgeteilt, aber bereits offiziös veröffentlicht. Dazu gehört die Hinausschiebung der Räumungsfristen, die Befehlung neuen deutschen Gebietes, die Einführung eines besonderen Zollregimes im Rheinland und die Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Aus den in Aussicht genommenen Strafmaßnahmen kann man schließen, daß nach einem Vorwand gesucht wird, um die beabsichtigte Annexion weiteren deutschen Gebietes zu bemänteln. Denn es ist ganz ausgeschlossen, daß Deutschland einen Tribut, in der Höhe, wie man ihn uns auferlegen will, zahlen könnte.

Woher sollte das Geld genommen werden? Die einzige Quelle ist der Ertrag der deutschen Arbeit. Der Überschuss des Wertes der Ausfuhr über die Einfuhr ist der Gewinn, der zur Schuldentilgung verwendet werden kann. Der Außenhandel Deutschlands ist in den Jahren vor dem Krieg rasch gestiegen. Die Ausfuhr betrug im Jahre 1913 10,1 Milliarden. Von dieser Summe war aber nur ein verhältnismäßig kleiner Teil Gewinn. In dem Erlös aus der Ausfuhr steckt doch der Preis für das Rohmaterial, für Arbeitslohn usw. Die Ausfuhr müßte also um ein Vielfaches gesteigert werden, wenn auch nur die 2 Milliarden herausgeholt werden sollen, die in den ersten beiden Jahren verlangt werden, geschweige denn die 6 Milliarden jährlich in der Folgezeit bis zum Jahre 1933. Daran ist gar nicht zu denken. Es soll aber bei den angegebenen Milliarden nicht bleiben, außerdem verlangen die feindlichen Mächte noch 12 Prozent vom Wert der Ausfuhr.

Abgesehen von anderen Gründen, ist in absehbarer Zeit gar nicht daran zu denken, daß Deutschlands Ausfuhr den Stand der Vorkriegszeit wieder erreicht. Die Abtrennung weiter Gebiete mit etwa 10 Prozent der früheren Bevölkerung und wertvollen Rohstoffen macht das unmöglich. Wir können weniger verarbeiten, müssen aber mehr Rohstoffe einführen. Wenn wir, abgesehen von der Höhe der Summe, welche wir abgeben müssen, damit das zur Vorausblickung, das wir bestrebt sein müssen, soviel als möglich auszuführen, die Einfuhr aber auf das äußerste zu beschränken, wäre damit den feindlichen Ländern wirklich gedient? Französische Volkswirtschaft könnte durch den deutschen Tribut gefördert werden; sie würde in die Lage versetzt, weiter zu produzieren und könnte den anderen Ländern schärfere Konkurrenz machen. Die schärfste Konkurrenz müßte aber Deutschland treffen, denn die Reize des Frontkriegs würden uns antreiben, die letzte Kraft aufzuwenden, um recht viel zu exportieren, damit wir der angedrohten Strafe bei Nichtzahlung der Schulden entgehen. Auf der anderen Seite müßten wir auf jede irgend entbehrliche Einfuhr verzichten. Das heißt, der augenblickliche Zustand, bei welchem Amerika und England auf ihren Warenvorräten sitzen, weil ihnen durch den günstigen Stand ihrer Beizute die Abgabemöglichkeit in Mittel- und Osteuropa äußerst eingeschränkt ist, würde zum Dauerzustand gemacht. Wenn auch Frankreich in die Reihe dieser glückselig-unglücklichen Gewinnerländer einrücken würde, dann wäre damit denen, die sich bereits in dieser Rolle befinden, nicht geholfen.

Die Unterlegung eines unerschwinglichen Tributs würde das ungeheure Elend, unter dem Deutschland jetzt schon leidet, um ein Vielfaches vergrößern, ohne den anderen Ländern zu nützen. Das wäre ein Mittel, um die Weltkriege zu verewigen. Das sehen auch unsere Gegner ein. Sie haben aber dem von den Franzosen ausgehenden Widerstand zugestimmt aus Courtisane gegen die französische Regierung, die von ihrer chancenlosen Kammermehrheit gezwungen wird, die bei der Wahl gemachten Versprechungen einzulösen. Vermutlich hat sich Frankreich die Zustimmung des hierzulande einschlagenden Englands durch Konzessionen in dessen Orientpolitik erkauft. Was die feindlichen Staatsmänner in Paris ausgehandelt haben, ist der Versuch, Deutschland zu einem Kolonialland, ja zu einem Weltmacht zu machen, die zur höheren Ehre europäischen Kapitalisten bis aufs Blut ausgebeutet werden.

Die Vereinbarungen zwischen den Alliierten über die Wiedergutmachung sind zunächst Beschlüsse, die den Interessen Deutschlands in den demnächst stattfindenden Verhandlungen vorgelegt werden sollen. Daß ihre Forderungen undurchführbar sind, wissen unsere Gegner, es ist also kaum anzunehmen, daß der zahlenmäßige Nachweis der deutschen Unterhändler auf sie einen härteren Eindruck machen wird. Unsere Gegner sind mitteilich stark, sie können daher das wahnsinnige Deutschland in die Sklaverei zwingen. Sie schreiben sich dabei freilich in das eigene Gesicht. Indem sie das deutsche Volk und vor allem die deutsche Arbeiterklasse in unentrinnbares Elend stoßen, flagen sie der eigenen Wirtschaft den schwersten Schaden zu.

Der schweren Wunden, die der Weltkrieg allen Völkern geschlagen hat, können nicht geheilt werden, indem man das deutsche Volk verflucht. Die feindlichen Mächte müßten in







**Reichenbach in Schles.** In unserer am 20. Januar stattgefundenen Generalversammlung, die leider sehr schlecht besucht war, wurde nach Erstattung des Jahresberichts die alte Verwaltung wiedergewählt. Wir wollen hoffen, daß in diesem Jahre die Kollegen ein lebhafteres Interesse am Verbandsleben und am Versammlungsbesuch zeigen, damit wir vorwärtskommen.

**Schönwald.** In der gutbesuchten Generalversammlung am 23. Januar hielt der Gauvorsitzer, Kollege Gerike, einen Vortrag über „Mittel und Ausblick auf unsere Verbandsarbeit“. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Gegen den Geschäfts- und Kassenbericht der Verwaltung wurden Einwendungen nicht erhoben. Bei der Wahl der Verwaltung spielten die politischen Streitigkeiten eine Rolle. Schließlich wurden aber die bisherigen Verwaltungsmitglieder wiedergewählt.

**Schönfeld.** Im Monat Januar war die Bürstenindustrie leblich beschäftigt. Grobe Bürstenwaren sind sehr wenig verlangt worden. Der Betrieb der Grobeinfachwarengesellschaft ist mit zahlreichen Aufträgen versehen, aber auch hier werden grobe Waren selten verlangt. Dies hat wohl seinen Grund, daß alle Neugründungen in der deutschen Bürstenindustrie sich vorwiegend mit der Herstellung von groben Waren beschäftigen. Die hier hergestellten feinen Bürstenwaren gehen zum größten Teil ins Ausland. Von den aus Deutschland exportierten Bürstenwaren stammt ein Drittel aus dem Schönfelder Bezirk. Dies ist ein Beweis, daß die hiesige Bürstengruppe mit ihren 3200 Betriebs- und über 3500 Heimarbeiterinnen in der Hauptsache auf den Export angewiesen ist. Von den neuerrichteten Betrieben sind schon einige wieder von der Bildfläche verschwunden. Bei einigen zeigte sich das Bestreben, den Lohnsatz zu umgehen, wogegen eingegriffen werden mußte. Einige Bürstenholzfabriken bieten ihre umfangreichen Lager zu sehr herabgesetzten Preisen an, um wieder Geld in die Hand zu bekommen. Die Aussichten auf bessere Beschäftigung sind sehr schlecht. — Die Sägereien sind zum Teil ohne Beschäftigung. Eischlereien und Harmonikafabriken zeigen ebenfalls Geschäftslahmheit.

**Schrobenhausen.** Zu unserer Notiz in Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung“ über Vorgänge in der Möbelfabrik von Schupit teilt uns der Betriebsrat mit, es sei nicht wahr, daß er den Bevollmächtigten widerstandslos preisgegeben habe. Wir nehmen von dieser Mitteilung gerne Notiz und hoffen, daß sie auch den Tatsachen entspricht.

## Unsere Lohnbewegung.

### Lohnbewegung im Thüringer Holzgewerbe.

Für Thüringen besteht ein sogenannter Landestarifvertrag, dem zwar noch nicht alle Teile der Möbelherstellung unterliegen, der aber doch schon eine Reihe wichtiger Orte, wie Erfurt, Weimar, Eisenach, Neustadt und andere, umfaßt. Nach dem Landestarifvertrag kann der Lohn alle acht Wochen nachgeprüft werden. Infolge der schlechten Beschäftigung in den Sommermonaten waren die Löhne seit dem April 1920 unverändert geblieben. Auf die Grundlöhne des Reichstarfs waren aber nur 25 Prozent bewilligt worden, so daß Thüringen hinter den übrigen Landesteilen ganz erheblich zurückblieb. Hier vor Weihnachten ging das Geschäft etwas besser, aber der Versuch, eine wesentliche Verbesserung zu schaffen, scheiterte an dem Widerstand der Unternehmer. Es bedurfte erst der Streiks, um die Verhandlungen über eine Lohnaufbesserung wieder in Gang zu bringen. Jetzt ist es endlich gelungen, für die Monate Februar und März die Löhne erneut festzulegen und bestimmte Zulagen zu erreichen. Im November waren den betriebsrateten Arbeitern eine sogenannte Wirtschaftshilfe von 50 Pf. pro Stunde gewährt worden, den Arbeiterinnen über 22 Jahre eine solche von 30 Pf. Unter Abzug dieser Wirtschaftshilfe und ihrer Umrechnung in den Lohn wurde auf die um 25 Prozent erhöhten Sätze des Reichstarfs zugelegt.

Klasse	II	III	IV	V	VI
Männliche Arbeiter					
über 22 Jahre alt	80	75	70	70	70 Pf.
von 20 bis 22 Jahren	40	35	30	30	30
von 18 bis 20	15	15	10	10	10
von 16 bis 18	10	10	10	10	10

Die Zulage für Arbeiterinnen ist in allen Klassen gleich. Es erhalten über 22 Jahre alte 40 Pf., solche von 20 bis 22 Jahren 20 Pf., von 18 bis 20 Jahren 10 Pf., von 16 bis 18 Jahren 5 Pf. pro Stunde Zulage. Die Verhandlungen, an welchen auch ein Vertreter des Vorstandes teilnahm, gestalteten sich außerordentlich schwierig, weil die Unternehmer fast gar nichts mehr bewilligen wollten. Sind die Wünsche der Thüringer Kollegen auch nach keiner Seite hin erreicht, so müssen wir es besserer Zeit überlassen, das Fehlkende nachzuholen. Bis dahin müssen wir versuchen, unsere Organisation noch besser auszubauen.

### Die Lohnbewegung der Schiffbauer im Bezirk Mittelschle.

Nachdem die Verhandlungen durch die Schuld der Unternehmer ergebnislos verlaufen, traten am 27. September 1920 die auf den Schiffbau in Döbeln a. S., Altenplathow und Wretitz beschäftigten 78 Schiffbauer in den Streik. Ihre Forderungen waren im Hinblick auf die Deutung sehr berechtigt. Nach langwierigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern ist nun schließlich durch Urteil des Schlichtungsausschusses in Magdeburg den Kollegen ein Stundenlohn von 5,10 Mk. zuerkannt. Die Ferienfrage ist noch nicht endgültig geregelt. Während des 17-wöchigen Streiks haben leider einige von den im Streik befindlichen Kollegen die Arbeit auf der Werften Bolle (Döbeln) und Hebesack a. S. o. (Altenplathow) wieder aufgenommen. Am 27. Januar wurde die Arbeit von den Streikenden auf allen Werften mit Ausnahme der beiden vorgenannten Werften wieder aufgenommen. Wir hatten die organisierten Schiffbauer, die zu den Werften zu mehren, bis auch dort durch den Verband geeignete Beziehungen geschaffen worden sind.

In Hae (Gschle) kritisierte die Polier der Stadt-Fabrik Christian Becker. Die geforderte achtprozentige Zuschlagssatz lehnte der Unternehmer ab mit einem Hinweis auf die Wirtschaftslage und den unzureichenden Fortschritt. Nach-

den Maschinenarbeitern arbeiten alle anderen Branchen in Alford. Die Alfordpreise sind nun so niedrig, daß die Arbeiter meistens nicht einmal den Tariflohn verdienen. Da die Firma eifrig bemüht ist, Kollegen nach hier zu locken, erlauben wir alle Stuhlbauer, den Zuzug fernzuhalten.

In Pfalzgrafenweiler (Schwarzwald) sind die Differenzen bei der Firma Gebr. Dötting durch örtliche Verhandlungen zugunsten der Kollegen beigelegt und die Sperre über die Firma aufgehoben worden.

## Aus der Holzindustrie.

### Ein Nachwort zu den Lohnverhandlungen mit den Bürstenmachermeistern.

Bei den zentralen Verhandlungen mit dem Innungsverband selbständiger Bürstenmachermeister am 13. und 14. Januar erklärten sich die Vertreter desselben wohl bereit, die Löhne des Reichstarfs zu zahlen, bestanden aber auf die Ausschaltung des § 25 des Reichstarfs. Es sollten also im Sandumdrehen aus den Mindestlöhnen Höchstlöhne gemacht werden. Die Handwerksmeister behaupteten, höhere als die Mindestlöhne nicht zahlen zu können. Namentlich der Vertreter der Dresdener Innung, Herr Meißner, wehrte sich gegen die angeblich hohen Löhne der Arbeiter. Die Verhandlungen scheiterten denn auch, da unsere Vertreter der Aufhebung dieses Paragraphen nicht zustimmen konnten.

Sind nun unsere Handwerksmeister in der Lage, über den Mindestlohn zu zahlen oder nicht? Die Einwände der Meister sind zu bekannt, um sie hier nochmals alle anzuführen. Es soll hier nur an einigen Tatsachen gezeigt werden, warum wir der Meinung sind, daß die Meister unsere Forderungen bewilligen können, ihnen aber der gute Wille fehlt, den Arbeitern anständige Löhne zu zahlen. Diese Tatsachen werden unseren Kollegen von den Meistern selbst vorgeführt, und zwar in ihrem Fachorgan, der „Altenburger Bürstenmacher-Zeitung“.

In Nr. 2 dieser Zeitung vom 20. Januar steht in einem Bericht des Vereins der selbständigen Bürstenmacher „Hamburgs unter anderem, daß vom Holzarbeiter-Verband eine Forderung auf Erhöhung der Löhne um 40 Prozent eingereicht sei. Diese Forderung soll bewilligt werden, aber unter einer Bedingung. Das Hamburger Arbeitsamt hat eine Werkstatt eingerichtet, in der 15 arbeitslose Bürstenmacher beschäftigt werden. Das betrachten die Meister als Konkurrenz und haben deshalb in einer Beschwerde die Auflösung der Werkstatt gefordert. Sie verlangen nun vom Holzarbeiter-Verband, daß er „sofort“ beim Arbeitsamt veranlaßt, daß diese Konkurrenz wieder beseitigt wird. Wenn das geschieht, sind sie nicht nur bereit, über Lohn erhöhungen mit sich reden zu lassen, sondern dann sollen auch die Arbeitslosen in ihren Betrieben untergebracht werden. Also, wenn durch kommunale Einrichtungen der Profit der Meister geschmälert wird, sind sie auf einmal in der Lage, die Arbeitslosen selbst zu beschäftigen und auch noch die Löhne zu erhöhen. Warum war das vorher nicht möglich?

Eine andere Tatsache. In derselben Zeitung steht auch ein Bericht aus Dresden, in dem des längeren über die am 3. Januar erfolgte Meisterprüfung von vier Mitgliedern der Dresdener Innung berichtet wird. Zum Schluß heißt es dann wörtlich: „Eine kleine Nachsicht im Ratweinfelder hielt die Teilnehmer an diesem historischen Ereignis noch lange zusammen, und die nach des Tages Last und Mühe wohlverdiente Abkühlung machte sich in Gestalt zahlreicher Flaschenbiertrinken bemerkbar, welche wieder an vergangene Zeiten erinnerten, wo man verstand, bei einem guten Tropfen das rechte kollegiale Verhältnis und Verständnis zu pflegen und zu üben! Mögen die guten alten Zeiten in dieser Beziehung wieder blühen und die alte Geselligkeit wieder eintreten!“

Einer der teilnehmenden Meister heißt Albert Meißner. Ob es wohl derselbe Herr ist, der bei den zentralen Verhandlungen behauptete, daß die Bewilligung der von uns geforderten Löhne den Ruin des Bürstenmachergewerbes bedeute? Wenn man derartige Schilderungen liest, ist es wohl verständlich, daß die Arbeiter der Meinung sind, die Meister wären sehr wohl in der Lage, einen höheren Lohn zu zahlen. Sie wollen es aber nicht. Wir verstehen die Sehnsucht der Herren nach den guten alten Zeiten, obwohl sie nach ihren eigenen Angaben auch heute nicht gerade schlecht leben. Bei den Bürstenarbeitern aber herrscht großes Elend. Der kleine Einblick, den die Herren Meister durch die obige Schilderung uns in ihr gesellschaftliches Leben geben, steht dem doch in zu großem Widerspruch mit den Lebensverhältnissen der in der Bürstenindustrie beschäftigten Arbeiter. Es gewinnt man den Eindruck, die Bürstenindustrie ist für die Unternehmer ein Eldorado, für die Arbeiter aber eine Stätte der Not.

### Betriebsstillegung als Kampfmittel gegen die Luxussteuer.

Die Unternehmer und Händler der Musikinstrumentenindustrie führen einen zähen Kampf gegen die Luxussteuer auf Musikinstrumente. Der Kampf richtet sich gegen die Luxussteuer überhaupt und im besonderen dagegen, daß auch Reparaturen an Instrumenten der Luxussteuer unterliegen sollen. Obwohl auch volkswirtschaftliche Gründe für die Aufhebung der Luxussteuer auf Musikinstrumente sprechen, hält die Regierung doch an ihr fest. Sollen die Unternehmer und Händler trotz alledem ihren Kampf weiterführen, in ihr gutes Recht. Wir müssen aber verlangen, daß der Kampf so geführt wird, daß dabei nicht die Arbeiter die Leidtragenden sind.

Die Hamburger Ortsgruppe des Verbandes deutscher Klavierhändler hat am 20. Januar folgende Resolution beschlossen:

„Es wird der zuständigen Behörde erklärt, daß sämtliche Verbandmitglieder in Hamburg-Altona ihre Reparaturwerkstätten schließen und das technische Personal so schnell wie möglich entlassen, solange die Frage über die Steuerbefreiung bei Reparaturen nicht vollständig geklärt ist. Es wird sich aus dieser Maßnahme nicht nur ergeben, daß die Steuerbehörde keine wesentlichen Einnahmen hat, es werden dann auch sehr viele unterhaltungsbedürftige, entlassene Leute dem Staat zur Last fallen.“

Es berechtigt das Verlangen auf Befreiung der Luxussteuer auch in, da durch die Schließung der Betriebe erzwungen zu werden, ist eine Angelegenheit von großem Interesse. Die Unternehmer und Händler geben vor, den Kampf gegen die Luxussteuer der Gutheißung der Musikinstrumentenindustrie zu über-

Der Hamburger Beschluß aber ist diktiert von rein persönlichen Profitinteressen der Unternehmer und Händler.

Die Ansicht, daß Musikinstrumente Luxusgegenstände seien, ist hier stets bekämpft worden. Wir unterstützen deshalb auch die Bestrebungen auf Befreiung der Luxussteuer. Wir wenden uns aber mit aller Entschiedenheit dagegen, daß der Kampf gegen die Luxussteuer auf dem Rücken der Arbeiter ausgefochten wird.

## Gewerkschaftliches.

### Aufruf für die Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten.

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin verlassene Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) und des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes (Afa-Bund) fordert die örtlichen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf einheitlicher Grundlage durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertretungen, welche zur Neuwahl stehen, sollen nach Möglichkeit an einem örtlich zu vereinbarenden Tage im Monat März neu gewählt werden. Die Agitation ist auf Grund der Forderungen der freien Gewerkschaften allenthalben aufzunehmen. Einheitliche Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in jedem Betrieb von den Gewerkschaftscollegen aufzustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freierorganisierter Gewerkschafter nach engen Parteigruppierungen mit getrennten Listen vorzugehen, muß zurückgewiesen werden. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem A. D. G. B. und dem Afa-Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuschließen. Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:

für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstageskongresses der Betriebsräte Deutschlands,

für die Kontrolle der Produktion und die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstageskongresses der Betriebsräte Deutschlands,

für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechtes in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugelassen worden ist, und

für die Überführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Freigewerkschaftliche Arbeiter und Angestellte, Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsräte und Gewerkschaftscollegen!

Benutzt die nächsten Wochen dazu, die Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben aufzuklären, sorgt dafür, daß alle Arbeiter und Angestellten, welche ihren Klassenstandpunkt noch nicht erkannt haben, restlos für die freien Gewerkschaften gewonnen werden, erklärt durch Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsräten euren Willen, die Forderungen der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften zur Durchführung zu bringen, gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, für die sozialistische Gemeinwirtschaft!

Der Geschäftsführende Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes.

Im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurden die Anträge des Vorstandes zur Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungssätze in der Urabstimmung mit 28 532 gegen 12 920 Stimmen angenommen. Die erhöhten Beiträge im Betrag von 60 Pf., 1 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk. und 3 Mk. werden von Anfang März an erhoben.

Im Tabakarbeiter-Verband stellen Vorstand und Ausschuss eine Vorlage über Erhöhung der Beiträge und Streikunterstützung zur Urabstimmung. Der Wochenbeitrag soll betragen, je nach der Verdiensthöhe, 1 Mk., 2 Mk. und 3 Mk.

## Literarisches.

**Unsere Haustiere.** Vom Standpunkt ihrer wilden Verwandten geschildert von Th. Zell. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis geheftet 20 Mk., gebunden 25 Mk.

Der Verfasser ist durch mancherlei Veröffentlichungen bekanntgeworden, die ihn als Naturforscher zeigen, der es versteht, sein Wissen in ansprechender Form mitzuteilen. Das vorliegende Buch weist Verständnis für das Verhalten der Haustiere, das nur richtig beurteilt werden kann, wenn man die Gewohnheiten seiner wilden Verwandten kennt.

**Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.** Von Otto Hue. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 Mk.

**Sowjet-Russland in der Wirklichkeit.** Von Dr. L. Gallin. Verlag von J. S. B. Diez Nachf. G. m. b. H., in Stuttgart. Preis kart. 6 Mk.

Der Verfasser schildert in einer Reihe von Abhandlungen in objektiver, von einer leidenschaftlichen Liebe zu Russland erfüllter Form das Leben in dem Sowjetstaat, wie es sich in der gegenwärtigen Zeit für den aufmerksamen Beobachter ergibt.

**Gewerbliches Rechnen.** Von Prof. Dr. Unger und H. Dreier. Sonderheit für Tischler und verwandte Berufe. Von C. Otto. Preis 3,00 Mk.

**Unterlagen zum technologischen Unterricht für Holzarbeiter.** Von C. Otto. Preis 3,00 Mk.

Beide im Verlag von Julius Neumann in Leipzig erschienenen Bücher sind in erster Linie als Hilfsmittel für den Unterricht in Fachschulen gedacht und dienen diesem Zweck in hohem Maße entgegen. Sie können aber auch für den Selbstunterricht bestens empfohlen werden. Sie sind aus der Praxis hervorgegangen, und der Praktiker wird sich ihrer mit Nutzen bedienen.

**Schwarze Schmach und schwarz-weiß-rote Schande.** Von R. Schmalz. Verlag Neues Vaterland, C. Petzsch u. Co., Berlin SW. 27. Preis 20 Pf.



